

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Brüsseler Platz - Planungen und Vorgehen im Jahr 2015

Beschlussorgan

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	12.03.2015
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	16.03.2015

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschließt auf Basis des Beschlusses vom 26.01.2015 (Vorlagen-Nummer 3312/2014), ergänzt um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat (Buchstabe d) und den Ergebnissen der Informationsveranstaltung vom 19.02.2015:

- a. Die Vereinbarungen des unter dem Dach des Verwaltungsgerichtes geschlossenen „Modus vivendi“ werden grds. auch im Jahr 2015 fortgesetzt.
- b. ba. Abweichend von der bisherigen Vereinbarung werden die Einsätze des Ordnungsdienstes aufgrund des bisherigen Rollenkonfliktes auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten beschränkt.
bb. Der Ordnungsdienst wird dementsprechend künftig an jedem Freitag, Samstag und Tagen, auf die ein gesetzlicher Feiertag in NRW folgt auf bzw. im Bereich und Umfeld des Brüsseler Platzes präsent sein, den Bereich kontrollieren und etwaige Ordnungsverstöße verfolgen.
bc. Die von den Bürgerinnen und Bürgern gewünschte Ausweitung der Erreichbarkeit und der Einsatzzeiten bis ca. 4:00 Uhr setzt eine personelle Verstärkung des Ordnungsdienstes und des Personals für das Servicetelefon 221 – 3200 voraus.
- c. Im Gegenzug werden geschulte Kräfte als sog. Vermittler eingesetzt, welche die Platzbesucherinnen und -besucher ansprechen, mit dem Ziel die konkurrierenden Interessen auszugleichen.
- d. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Workshop-Verfahren neue und weitergehende Ideen für den Umgang mit dem Konflikt zwischen dem veränderten Freizeitverhalten der Besuchenden der Platzes und dem Ruhebedürfnis der Anwohnenden zu entwickeln und auf ihre Anwendbarkeit zu prüfen. Dabei sollen insbesondere stadtgestalterische Maßnahmen, wie z. B. Flächenentsiegelung und Begrünung zwecks Dämpfung von Lärmemissionen geprüft werden. Im Workshop-Verfahren sollen auch die im Sommer 2015 gemachten Erfahrungen mit laut Ziffer 1 angewandten veränderten Verwaltungsvorgehen unter Einbeziehung der Anwohner-Initiative betrachtet werden. Die Verwaltung berichtet den politischen Gremien fortlaufend über Maßnahmen und Ergebnisse.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	_____ €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input checked="" type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	<u>21.000</u> €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): **ab Haushaltsjahr:** 2016

a) Personalaufwendungen 21.000 €

b) Sachaufwendungen etc. _____ €

c) bilanzielle Abschreibungen _____ €

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): **ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge _____ €

b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten _____ €

Einsparungen: **ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen _____ €

b) Sachaufwendungen etc. _____ €

Beginn, Dauer

Begründung:**1. Ablauf der Veranstaltung**

Entsprechend des Beschlusses des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 26.01.2015 und der Bezirksvertretung Innenstadt vom 29.01.2015 hat die Verwaltung eine Informationsveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner, Interessengemeinschaften, Vertretern der Kirche, Gewerbetreibenden und Gastronomen durchgeführt. Die Veranstaltung fand am 19.02.2015 in der Aula der Königin-Luise-Schule unter Moderation von Arnd Henze statt.

Die Stadtverwaltung hat im Vorfeld der Veranstaltung insgesamt 1.300 Einladungen an die einzelnen Haushalte im Umfeld des Brüsseler Platzes verteilt und 500 Handzettel in den verschiedenen Gewerbebetrieben – Einzelhandel und Gastronomie – ausgelegt. Zusätzlich wurde eine großformatige Einladung im Schaukasten der Kirche St. Michael ausgehängt.

Ähnlich wie bei den bisherigen Bürgerveranstaltungen sind insgesamt etwa 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der Veranstaltung gekommen.

Nach der Begrüßung durch Herrn Stadtdirektor Kahlen wurde anhand eines Folienvortrages ein kurzer Rückblick auf das Jahr 2014 und ein Ausblick auf die Überlegungen für das Jahr 2015 präsentiert (siehe Anlage 1).

Die Gesprächsatmosphäre war ruhig, engagiert und konstruktiv. Im Grundsatz ist festzuhalten, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsveranstaltung die abendliche Situation bis Mitternacht auf dem Brüsseler Platz positiv sehen.

Nach überwiegender Auffassung sind die Besucherzahlen und die Störungen rückläufig. Viele Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer sprechen von der Wende eines Trends, dessen Höhepunkt sich vor drei Jahren abgezeichnet hat.

Diese Entwicklung wird als Ergebnis der vielen Schritten des gemeinsamen Maßnahmenpaketes ge-

sehen.

Seitens der Gastronomie und der Kulturszene wurde das neue Motto „Sprechen statt Klagen“ angeführt. In der gemeinsamen Diskussion haben sich die Beteiligten bereiterklärt, diesem Motto zu folgen und noch stärker als bisher in einen konstruktiven Dialog zu gehen.

In der Veranstaltung haben sich sechs wesentliche Schwerpunkte herauskristallisiert, die im Folgenden beschrieben sind:

2. Die Sicht der Beteiligten

2.1. Verbesserungen – Zuspruch und Kritik

Nach Ansicht vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich die Situation am Brüsseler Platz verbessert. Sie schätzen das friedliche und gutwillige Klientel auf dem Platz, das lebendige Leben mit dörflichem Flair und die angenehme Atmosphäre, in der gelacht wird und sich die positiven Seiten des Lebens spiegeln und zeigen. Die Meisten möchten diese positiven Seiten des urbanen Lebens erhalten und empfinden etwaige Geräusche bis 24.00 Uhr als akzeptabel. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die erweiterte Außengastronomie einen beruhigenden Effekt auf den gesamten Platz hat.

Einige sehen die Situation nicht so positiv und unproblematisch. Ein besonderer Indikator sind die großen Müllmengen, die rücksichtslos auf dem Platz hinterlassen werden. In diesem Zusammenhang kritisieren einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass Ordnungswidrigkeiten nicht konsequent genug geahndet werden. Dabei geht es insbesondere um

- Straßenmusik, die dort vor 22:00 Uhr stattfindet
- Wildpinkler, insbesondere im hinteren Bereich der Kirche
- Nutzung der Tischtennisplatte, auch weit nach 22.00 Uhr bis in die frühen Morgenstunden
- Ball und Fußballspiele, bei denen beispielsweise das vom Querbeet e. V. ehrenamtlich gepflegte und bepflanzte Rosenbeet und ein Zaun beschädigt wurden.

Fazit

Die positiven Stimmen unterstützen die Einschätzung, dass der Maßnahmenkatalog des „Modus vivendi“ und die Aktivitäten der Stadt Köln zielführend sind. Die Kritikpunkte zeigen, dass die geplante Trennung von ordnungsbehördlichen Aufgaben und vermittelnden Apellen, die Situation auf dem Brüsseler Platz weiter verbessern kann. Der Ordnungsdienst kann künftig seinen Fokus gezielter auf das Ahnden der beschriebenen Verstöße richten.

2.2. Nächtliche Störungen, Exzesse und Auswüchse

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichten aber auch über wiederholte Störungen, Exzesse und Auswüchse weit nach Mitternacht – von etwa 1:00 Uhr bis in die frühen Morgenstunden. Durchziehende Gruppen randalieren auf dem Platz, sind laut und aggressiv, zerschlagen Flaschen und stören. Vielfach wird bis in die frühen Morgenstunden Tischtennis gespielt.

In der Diskussion wird klar zwischen dem positiven, urbanen Leben und den beschriebenen Exzessen differenziert, vergleichbar mit friedlichen Gästen eines Fußballspiels und randalierenden Hooligans.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung sind sich einig, dass diese Exzesse und Auswüchse auf keinen Fall akzeptabel sind. In der Gesprächsrunde besteht der einhellige Konsens, dass für die Auswüchse in der Nacht ein verlässlicher Ansprechpartner sowie eine schnelle Reaktion und Ahndung erforderlich sind.

Fazit

Eine Verlängerung der telefonischen Erreichbarkeit (221-32000) und der Einsätze des Ordnungsdienstes vor Ort, erfordern erhebliche zusätzliche Personalkapazitäten. Die Verwaltung ist bestrebt, die personelle Situation des Ordnungsdienstes zu verbessern. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation soll dies im Rahmen der Haushaltspan-Beratungen behandelt werden. Daraus folgt die Ergänzung im Beschlussvorschlag unter „bc“.

Unabhängig davon ist im Prozess der Spielplatzplanung und des unter Beschlusspunkt d) beauftragten Workshop-Verfahrens zu prüfen, ob für die Tischtennisplatte auf dem Brüsseler Platz ein Standort gefunden werden kann, der beispielsweise auf Grund der Beleuchtungssituation nicht zum nächtlichen Tischtennis einlädt.

2.3. Einsatzstrategie – Ordnungsdienst und Vermittler

Der Vorschlag der Stadtverwaltung, eine klare Rollentrennung zwischen ordnungsrechtlichem Einschreiten und vermittelnden Aufgaben vorzunehmen wird von den Beteiligten positiv gesehen. Die Erläuterung der Verwaltung, dass die Vermittler im 14-tägigen Rhythmus eingesetzt werden, um beobachten zu können, inwieweit die Selbstregulierungskräfte wirken, ist für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nachvollziehbar und überzeugend.

Fazit

Die Wirkung der neuen Einsatzstrategie wird in der Einsatzdokumentation des Ordnungsdienstes dokumentiert und anschließend bewertet.

2.4. Alkoholverkaufsverbote

Aus Sicht einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind die zeitlichen Einschränkungen des Alkoholverkaufs mit Blick auf die beschriebenen Exzesse, aber auch mit Blick auf die positive Entwicklung besonders zielführend und haben entscheidend zur Verbesserung der Gesamtsituation beigetragen. Daher wird angeregt, zusätzliche Alkoholverkaufs- und auch Alkoholkonsumverbote zu erteilen.

Auf Grund der bestehenden Gesetzeslage und der Rechtsprechung sind Alkoholkonsumverbote nicht ohne weiteres möglich (VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 28. Juli 2009, Az. 1 S 2200/08). Lediglich dort wo eine deutliche Häufung von Gewalttaten nachweisbar ist, kann es unter Umständen rechtlich möglich sein, Verbote auszusprechen (Niedersächsisches OVG, Urteil vom 30. November, 2012 Az. 11 KN 187/12). Diese Voraussetzungen sind am Brüsseler Platz derzeit nicht gegeben.

Fazit

Die zeitlichen Einschränkungen des Alkoholverkaufs sollen auch im Jahr 2015 – nach Möglichkeit auf Basis von freiwilligen Selbstverpflichtungen – realisiert werden.

2.5. Image des Platzes

Laut Einschätzung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer fördert die Darstellung des Platzes als Partymeile in verschiedenen Medien auch ein entsprechend negatives Verhalten von einigen Platzbesucherinnen und -besuchern. Daher wird insbesondere auch in Richtung der Kritiker gefordert, das Image des Platzes zu stärken und kulturelle Initiativen nicht zu hemmen, sondern zu unterstützen. Es wird hervorgehoben, dass Veranstaltungen, die Kunst und Design im Fokus haben, wie beispielsweise „le bloc“, auf keinen Fall mit Ballermann-Veranstaltungen verglichen werden dürfen.

Fazit

Die Veranstaltungen finden überwiegend in den Innenräumen der Einzelhandelsbetriebe statt und erfordern daher in der Regel keine Genehmigung der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung wird bei besonderen, genehmigungspflichtigen Aktionen die Interessen der verschiedenen Beteiligten und Betroffenen, sachlich und konstruktiv abwägen und dafür Sorge tragen, dass die Anwohnerschaft durch die jeweiligen Veranstalter vorher informiert werden. Die Kulturverwaltung wird auf die Anregungen aus der Veranstaltung hingewiesen.

2.6. Umfeld des Brüsseler Platzes

Es ist zu beobachten, dass sich in der gesamten Stadt immer mehr Menschen im Freien aufhalten, um zu trinken, zu reden und zu chillen. Das gilt auch für das gesamte Umfeld des Brüsseler Platzes. In der Maastrichter Straße hat aus Sicht einer Anwohnerin der Lärm massiv zugenommen, da das Ringpublikum zum Teil in das Belgische Viertel drängt. Aufgrund des Lärms seien bereit mehre Nachbarinnen und Nachbarn weggezogen. Unabhängig davon wird angeregt, durch eine Neugestaltung des Viertels zusätzliche Begrünungen, beispielsweise eine Verbindung zum Grüngürtel, und

neue Aufenthaltsräume für die Menschen zu schaffen.

Fazit

Bei den regelmäßigen Einsätzen von Polizei und Ordnungsamt auf den Ringen sollen künftig Bereiche wie die Maastrichter Straße mit einbezogen werden.

Das Stadtplanungsamt wird bei seinen Recherchen und Planungen die gesamte Situation weiterhin beobachten und einen Austausch mit den betreffenden Anwohnerinnen und Anwohnern führen. Derzeit wird eine Bestandsaufnahme analysiert, um festzustellen, ob im Bereich des Brüsseler Platzes ein planungsrechtlich relevanter Veränderungsdruck besteht und wie darauf reagiert werden kann.

3. Ergebnis

Die Informationsveranstaltung hat gezeigt, dass die Planungen von weiten Teilen der Beteiligten positiv angenommen werden.

Wie in der Vorlage „Brüsseler Platz - Kennzahlen 2014, Planungen 2015“ (Vorlagen-Nummer 3312/2014), die dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 26.01.2015 vorgelegt wurde, detailliert dargestellt, betragen die Aufwendungen für die Vermittler rund 21.000 Euro. Bei der Berechnung wurden insgesamt 37 Einsatztage berücksichtigt. (Die Saison geht vom 01.04.2015 bis zum 31.10.2015; in diese Zeit fallen 6 Abende vor einem Feiertag und – bei einem Einsatz im 14-tägigen Rhythmus – insgesamt 31 Freitage bzw. Samstage).